



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen (CDU)

und

Antwort

der Landesregierung - Ministerin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

Anlastungen der Europäischen Union

1. Welche EU-Anlastungen aus den Jahren 2001 und 2003 im Bereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz machen Ausgabeerhöhungen im "Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines 2. Nachtrages zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003" erforderlich (Seite 55)?

Antwort:

Im Bereich des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz sind in den Jahren 2001 und 2003 keine EU-Anlastungen verursacht worden. Aufgrund von verspätet gezahlten Tierprämien für den **Antragszeitraum 2000** hat die EU-Kommission auf der Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 296/96 für Schleswig-Holstein in den Jahren 2001 und 2003 Anlastungen festgesetzt. Diese Beträge wurden zunächst vom Bund getragen. Der Bund hält sich jedoch schadlos, indem er die gezahlten Beträge vom Land zurück forderte. Das Land ist dieser Zahlungsaufforderung nicht nachgekommen, da nach wie vor strittig ist, ob überhaupt ein Bundesland angelastet werden kann.

Da somit eine Zahlung an den Bund unterblieb, hat dieser die von der EU festgesetzten Anlastungsbeträge mit anderweitigen dem Land zufließenden EU-Erstattungen aufgerechnet. Davon waren das Landeslabor mit 764.410,77 € sowie der Tierseuchenfonds mit 26.330,40 € betroffen.

1. Welche Gründe haben zu den Anlastungen der Jahre 2001 und 2003 geführt?

Antwort:

Für die Berechnung und Gewährung der EU-Rinderprämien für den Antragszeitraum 2000 (gesetzlicher Zahlungstermin hierfür war der 30.06.2001) war erstmals die neu eingerichtete zentrale Tierdatenbank HIT zu berücksichtigen. Da alle Beteiligten (Tierhalter / Prämienbehörden / Regionalstelle SH und der Datenbankbetreiber) in der Anlaufphase damit schwerwiegende Probleme zu bewältigen hatten, konnte zum gesetzlichen Zahlungstermin nicht der sonst übliche Wirkungsgrad bei den Auszahlungen erreicht werden, was bundesweit zu verfristeten Zahlungen führte.

Hinzu kam, dass seitens der EU-Kommission eine Durchführungsverordnung mit erweiterten Sanktionstatbeständen erlassen wurde, die erstmalig für 2000 zur Anwendung kam und eine Neukonzeption sämtlicher EDV-Programme verursachte.

Unter diesen Rahmenbedingungen war eine 100 %ige termingerechte Prämienzahlung nicht möglich.

2. Sind im Entwurf des Doppelhaushalts 2004/2005 Ausgaben für EU-Anlastungen enthalten?

Falls ja: Welche Anlastungen sind dies und warum sind sie entstanden?

Antwort.

Nein.